

II- 234 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates  
XIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIC ÖSTERREICH  
 BUNDESKANZLERAMT  
 Sektion IV -- Verstaatlichte Unternehmungen  
 1015 Wien, Kantgasse 1

57/A.B.  
 zu 49/J.  
 Präz. am 14. Jan. 1972

Tel.-Nr. 72 36 01, 72 36 86  
 Fernschr.: 1997  
 Telegrammadr.: BKA VU

ZL. 74.880/1-8/72

Parlamentarische Anfrage Nr. 49/J  
 an den Bundeskanzler betreffend  
 die Versorgung Tirols mit Erdgas

An den  
 Präsidenten des Nationalrates  
 Anton Benya  
 Parlament  
 1010 Wien

Die Abgeordneten zum Nationalrat HOREJS, Dr. REINHART, JUNGWIRTH, EGG, WILLE und Genossen haben am 2. Dezember 1971 unter der Nr. 49/J an mich eine schriftliche Anfrage gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

"Das Land Tirol braucht zur Lösung seiner Energieprobleme dringend die Versorgung mit Erdgas. Die Versorgung der Ballungsräume im Inntal mit massierten Wohn- und Industriegebieten durch Schweröl führt zu einer immer stärker werdenden Luftverschmutzung, die sich nicht nur auf die dort lebende Bevölkerung, sondern auch auf den Fremdenverkehr nachteilig auswirkt.

Für Tirol wäre die Möglichkeit gegeben, russisches Erdgas über Bayern zu beziehen, was eine wirtschaftliche Lösung bedeuten würde, da im tirolnahen bayrischen Raum bereits eine Pipeline für Erdgas aus Russland besteht und für einen Anschluß an diese Leitung bis zur österreichischen Grenze bei Kufstein bereits positive Verhandlungen mit den zuständigen Stellen in Bayern stattgefunden haben.

Da aber die UdSSR der österreichischen Mineralölverwaltung die Rechte eines Generalimporteurs für Erdgas nach Öster-

reich abgetreten haben, kann die angestrebte Lösung nur mit Zustimmung der ÖMV verwirklicht werden. Die ÖMV war angeblich bisher nicht bereit, in diesbezügliche Verhandlungen einzutreten, obwohl die Versorgung Tirols mit Erdgas immer dringlicher wird und seit Jahren versucht wird, die ÖMV für dieses Problem zu interessieren.

Der Betrieb von kalorischen Kraft- und Heizwerken, deren Errichtung notwendig ist, um den ständig steigenden Energiebedarf auszugleichen, mit Schweröl, zu den bereits bestehenden Industrieanlagen, ist auf Grund der meteorologischen Verhältnisse im Inntal mit so großen Nachteilen verbunden, die für die Bevölkerung unerträglich wären.

Würde die ÖMV dem Tiroler Projekt, russisches Erdgas über Bayern zu beziehen, zustimmen, könnte Tirol über eine Pipeline von Rosenheim über Kufstein - Wörgl - Kundl - Schwaz - Wattens nach Innsbruck in verhältnismäßig kurzer Zeit realisiert und die Industrieräume in diesem Gebiet mit Erdgas versorgt werden.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten an den Herrn Bundeskanzler die nachstehende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, die ÖMV zu veranlassen, mit Tirol in Verhandlungen einzutreten mit dem Ziel, die Versorgung des Landes mit Erdgas zu wirtschaftlich tragbaren Bedingungen zu ermöglichen?"

Ich beeohre mich, diese Anfrage wie folgt zu beantworten:

Zunächst möchte ich darauf hinweisen, daß mir als Vertreter des Bundes in der Hauptversammlung der ÖSTERREICHISCHEN INDUSTRIEVERWALTUNGS-AKTIENGESELLSCHAFT (ÖIAG) weder auf Grund des ÖIG-Gesetzes noch auf Grund sonstiger Bestimmungen des Gesellschaftsrechtes die Befugnis eingeräumt wird, auf unternehmerische Entscheidung<sup>en</sup> der ÖSTERREICHISCHE MINERALÖL-VERWALTUNG AG. als Tochtergesellschaft der ÖIAG Einfluß zu nehmen.

In meiner Bereitschaft zur Unterstützung des Bundeslandes Tirol bei seinen Bemühungen um die Versorgung mit Erdgas habe ich jedoch an den Vorstand der ÖMV das Ersuchen gerichtet, die Möglichkeiten von Erdgaslieferungen nach Tirol nochmals zu prüfen.

In seiner Antwort weist der Vorstand der ÖMV darauf hin, daß das Unternehmen neben der Ausweitung der Erdgaswirtschaft im Osten Österreichs auch alle denkbaren Möglichkeiten zur Erdgasversorgung der westlichen Bundesländer, unter besonderer Berücksichtigung von Tirol und Vorarlberg, schon seit Jahren verfolgt. Der Anschluß dieser Bundesländer an das bestehende österreichische Erdgasverbundnetz wird jedoch aus geographischen und topographischen Gründen zur Zeit noch nicht für wirtschaftlich realisierbar gehalten.

Unter diesen Umständen wird auch von der ÖMV eine wirtschaftlich vertretbare Erdgasversorgung Tirols nur im Rahmen eines regionalen Verbundes mit Südbayern (durch den Re-Export von russischem Erdgas von Bayern nach Tirol) für möglich erachtet, zu dessen Realisierung jedoch nicht nur die Zustimmung der Vertragspartner "SOJUSNEFTEEXPORT" und "RUHRGAS", sondern auch ein gewisser Erdgasüberschuß im bayrischen Versorgungsgebiet, wie er derzeit noch nicht vorhanden ist, erforderlich sei.

Von Seiten der ÖMV - so wird in der mir vorliegenden Stellungnahme betont - bestehen gegen die Durchführung dieses Projektes zum gegebenen Zeitpunkt keine Bedenken und ist das Unternehmen jederzeit zur Aufnahme von Gesprächen mit der Tiroler Erdgasgesellschaft bereit.

13. Jänner 1972

Der Bundeskanzler:

